

sönlichkeiten verschiedener Kompetenzen. [...] So ist es ein wenig die Angelegenheit aller. Aber diese Angelegenheit impliziert [...] eine ausreichende Anzahl gut informierter Bürger, die fähig sind mit den Wissenschaftlern zu kommunizieren« (ebd.: 280/Übers. S.K.).

Die Idee einer Reflexionsgruppe taucht hier im Jahr 1979 zum zweiten Mal auf. Während im Jahr 1974 in der Konzeption des MURS noch von Interessierten gesprochen wird, die abgesehen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen teilnehmen sollen, wird nun auch die Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen vorgeschlagen. Mit der »neuen Wissensproduktion« gedacht, werden die Bürgerinnen und Bürger zu aktiven Partnerinnen und Partnern, denn die Reflexion sei »ein wenig die Angelegenheit aller«. Allerdings sind sie nicht als Experten oder Expertinnen im Sinne eines »we are all experts« konzipiert, sondern werden im Kontrast zu den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen als defizitär gesehen. Denn Bürger und Bürgerinnen müssen erst informiert werden, um befähigt zu sein, mit den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zu sprechen. Zudem sollen explizit Politiker und Politikerinnen teilnehmen. Während in der Konzeption des MURS Politikerinnen und Politiker bzw. Regierungen beraten werden sollen, ist nun eine gemeinsame Reflexion vorgesehen. Dies entspricht dem Vorschlag Giscard d'Estaings von 1974 auf der Sorbonne-Tagung, in dem er formuliert, dass ein Zusammenschluss mit der Politik notwendig sei (vgl. Monsieur le Président de la République Giscard d'Estaing 1976: 585). Offen bleibt noch, ob und inwiefern nun die Art der Reflexion des MURS und/oder die in dem Bericht vorgeschlagene Reflexion letztlich das Konzept des CCNE inspirieren. Diese Frage wird im Kontext des CCNE wieder aufgegriffen (Kapitel VI).

## 4 ZUSAMMENFASSUNG

Meine These ist, dass für die Autoren des Berichts durch die Aufmerksamkeit der Politik bzw. durch das wirtschaftliche Interesse des Staatspräsidenten eine mögliche Förderung ihrer Forschung absehbar ist oder sie sich diese erhoffen. Indem Giscard d'Estaing auf den gesellschaftlichen und industriellen Nutzen der Physikwissenschaft verweist, liegt dies nahe. Wenn die Lebenswissenschaften in einem ähnlichen Ausmaß zu einem Regierungsprogramm würden wie der Messmer-Plan für die Atomenergie, wären öffentliche Konflikte absehbar, die bereits im Kontext der Gentechnologie an den Forschungsinstituten begonnen haben. Zwei der Autoren des Berichts arbeiten zu dieser Zeit am *Institut Pasteur*, wo es Mitte der 1970er Jahre Konflikte um Gentechnologie gibt. Die Kritik an einem solchen Regierungsprogramm wäre ebenso möglich gewesen, wie ein Zusammenschluss von Kritikerinnen und Kritikern

der Gen- und Atompolitik. Beide verwenden einen politisierten Risikobegriff. Indem aber nun in dem Bericht nicht von gesellschaftlichen Risiken, sondern »ethischen Zwängen« gesprochen wird, erscheint eine Entpolitisierung oder Ethisierung politischer Risiko-Konflikte. Konflikte sollen vermieden werden. Die Autoren des Berichts schlagen der Politik einen Mechanismus vor, um die wissenschaftliche Entwicklung weiter zu ermöglichen. Dies stellt eine Art Konfliktprävention dar: Die Sprache der Ethik erscheint hier im Kontext der Antizipation gesellschaftlicher Kritik und offeriert m.E. präventiv politische Handlungsoptionen für die Steuerung der Forschung mit dem Ziel, deren Freiheit zu garantieren. Während sich im internationalen, US-amerikanisch geprägten Asilomar-Prozess eine deutliche Risiko-Rahmung abzeichnet und Ethik-Rahmungen nur marginal erscheinen, zeigt sich in Frankreich eine etwas andere Entwicklung. Hier entsteht in diesem Kontext explizit eine Ethik- und nicht eine Risikokommission. Im medizinischen und im gentechnologischen Diskurs erscheinen Ethik-Rahmungen als *Antwort* auf Problematisierungen wissenschaftlicher Autonomie. In den interdisziplinären Diskursen um Biologie oder Lebenswissenschaften scheint Ethik zunehmend zum *Problem* zu werden. Auf der Tagung »Biologie und die zukünftige Entwicklung des Menschen« im Jahr 1974 sind es noch Irrationalitäten und Emotionen, die als »ethische und moralische Aspekte« diskutiert werden, die sich aber mit der Zeit mindern können. Im Jahr 1979, in dem Bericht »Lebenswissenschaften und Gesellschaft« sind es »ethische Zwänge«, die auf gesellschaftlicher Seite identifiziert werden. Mit einer zunehmenden Öffnung der Selbststeuerung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen scheint es eine qualitative Zunahme an Problemen zu geben, die als ethische verstanden und in der Gesellschaft verortet werden. Explizit werden wissenschafts- und medizinkritische Positionen – etwa von Seiten der *Science du Peuple*, der Abtreibungsbefürworter und -befürworterinnen oder auch der Abtreibungsgegner und -gegnerinnen – nicht thematisiert. (Mögliche) politische Konflikte werden als ethische aufgefasst bzw. ethisiert – im wissenschafts- und medizinkritischen Spektrum, das aus den 1968er-Bewegungen hervorgeht, findet sich die Sprache der Ethik nicht. Auch eine bestimmte Moral hat zunehmend weniger Raum, sei es die der Lebensschützer und -schützerinnen oder des *Ordre des médecins* – auch Moral wird ethisiert.